

**Satzung der Universität Bayreuth
zur Sicherung der Standards guter wissenschaftlicher Praxis und
zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten**

Vom 10. Mai 2012

Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Bayreuth folgende Satzung:

Erster Abschnitt:
Regelungszweck und Anwendungsbereich

- § 1 Zweck
- § 2 Anwendungsbereich

Zweiter Abschnitt:
Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und wissenschaftliches Fehlverhalten

- § 3 Regeln guter wissenschaftlicher Praxis
- § 4 Wissenschaftliches Fehlverhalten

Dritter Abschnitt:
Verfahren bei Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens

- § 5 Universitätsinterne Organe der wissenschaftlichen Selbstkontrolle
- § 6 Vertrauensperson (Ombudsmann, Ombudsfrau)
- § 7 Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft
- § 8 Allgemeine Verfahrensvorschriften
- § 9 Verdachtsprüfung durch die Vertrauensperson und Vorverfahren vor der Kommission
- § 10 Förmliche Untersuchung durch die Kommission

Vierter Abschnitt: Schlussbestimmungen

- § 11 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsbestimmungen

Anlage 1 (Nicht abschließende Übersicht über Verhaltensweisen, die als wissenschaftliches Fehlverhalten anzusehen sind)

Anlage 2 (Nicht abschließende Übersicht über mögliche Konsequenzen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten)

Erster Abschnitt:
Regelungszweck und Anwendungsbereich

§ 1 Zweck

¹Die an der Universität Bayreuth in der Forschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind zu wissenschaftlicher Redlichkeit verpflichtet (Art. 6 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG). ²Diese Satzung stärkt das Vertrauen in die wissenschaftliche Redlichkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und sichert den Ruf der Universität Bayreuth als Ort der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften (Art. 2 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG). ³Zu diesem Zweck normiert die Satzung Standards guter wissenschaftlicher Praxis und trifft Vorkehrungen zu deren Durchsetzung.

§ 2 Anwendungsbereich

- (1) ¹Die Satzung gilt für alle an der Universität Bayreuth in der Forschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, namentlich für die in der Forschung tätigen Mitglieder der Universität Bayreuth (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 BayHSchG). ²Die Satzung gilt auch für Personen, die, ohne Mitglied der Universität Bayreuth zu sein, ein von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der Universität Bayreuth betreutes Promotionsvorhaben verfolgen.
- (2) ¹Die Satzung gilt ferner für ehemalige Mitglieder der Universität, wenn der Vorwurf, sie hätten während ihrer Forschungstätigkeit an der Universität Bayreuth gegen Standards guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen, das Vertrauen in die wissenschaftliche Redlichkeit der an der Universität Bayreuth in der Forschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefährdet und dadurch der wissenschaftliche Ruf der Universität Bayreuth (§ 1 Satz 2) beschädigt werden kann. ²Die Satzung gilt auch für Personen, die, ohne Mitglied der Universität Bayreuth gewesen zu sein, ein von einer Hochschullehrerin oder einem Hochschullehrer der Universität Bayreuth betreutes Promotionsvorhaben abgeschlossen haben, wenn der Vorwurf, sie hätten bei der Erstellung der Dissertation gegen Standards guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen, das Vertrauen in die wissenschaftliche Redlichkeit der an der Universität Bayreuth in der Forschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefährdet und dadurch der wissenschaftliche Ruf der Universität Bayreuth (§ 1 Satz 2) beschädigt werden kann.

- (3) ¹War die vom Vorwurf wissenschaftlichen Fehlverhaltens betroffene Person zum Zeitpunkt des vermeintlichen Fehlverhaltens noch Mitglied einer anderen Hochschule oder in einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung tätig, kann die Universität Bayreuth diese Einrichtung um die Prüfung des Vorwurfs ersuchen, sofern der Vorwurf das Vertrauen in die wissenschaftliche Redlichkeit der an der Universität Bayreuth in der Forschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefährdet und dadurch der wissenschaftliche Ruf der Universität Bayreuth (§ 1 Satz 2) beschädigt werden kann. ²Satz 1 lässt das Recht der Universität Bayreuth unberührt, den gegen diese Person gerichteten Vorwurf wissenschaftlichen Fehlverhaltens nach Maßgabe dieser Satzung zu untersuchen, soweit der Vorwurf das Vertrauen in die wissenschaftliche Redlichkeit der an der Universität Bayreuth in der Forschung tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefährdet und dadurch der wissenschaftliche Ruf der Universität Bayreuth (§ 1 Satz 2) beschädigt werden kann.
- (4) Die Anlagen (Anlage 1 und Anlage 2) sind Bestandteil dieser Satzung.

Zweiter Abschnitt:

Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und wissenschaftliches Fehlverhalten

§ 3 Regeln guter wissenschaftlicher Praxis

- (1) ¹Alle an der Universität Bayreuth in der Forschung tätigen Personen sind zu wissenschaftlicher Redlichkeit verpflichtet (Art. 6 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG). ²Sie müssen die in ihrem wissenschaftlichen Tätigkeitsbereich anerkannten Standards guter wissenschaftlicher Praxis (Regeln) beachten, etwaige Zweifel über die maßgeblichen Standards eigenverantwortlich aufklären, wissenschaftliches Fehlverhalten vermeiden und erkanntes Fehlverhalten regelgerecht korrigieren. ³Sie sind für die ihnen zurechenbaren Folgen ihres Fehlverhaltens verantwortlich.
- (2) ¹Die Fakultäten stellen sicher, dass die Vermittlung der Standards guter wissenschaftlicher Praxis in allen Studiengängen und im Rahmen der Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden dauerhaft gewährleistet ist; hierbei ist die Aufmerksamkeit auch auf die Gefahr wissenschaftlichen Fehlverhaltens zu lenken. ²Die Betreuerinnen und Betreuer bieten den Doktorandinnen und Doktoranden ungeachtet der Verantwortung der Fakultät regelmäßig Gespräche an, die auch der Klärung von Zweifeln über die Standards guter wissenschaftlicher Praxis dienen.

- (3) ¹Wissenschaftliche Forschungsarbeit dient der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, der wissenschaftlichen Grundlegung sowie der Weiterentwicklung von Lehre und Studium (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG); sie wird geprägt von der eigenverantwortlichen und methodisch kontrollierten Arbeit an möglichen Erkenntnisfortschritten. ²Das gilt insbesondere für die wissenschaftliche Arbeit im Rahmen eines Promotionsvorhabens. ³Die Betreuung im Rahmen des Promotionsverhältnisses entbindet die Doktorandin bzw. den Doktoranden nicht von der Pflicht, sich über die maßgeblichen Standards guter wissenschaftlicher Praxis zu informieren und diese dauerhaft zu beachten. ⁴Fehlt es an Anhaltspunkten dafür, dass die Doktorandin oder der Doktorand die Standards guter wissenschaftlicher Praxis missachtet, darf die Betreuerin oder der Betreuer des Promotionsvorhabens auf das regelgerechte Verhalten der Doktorandin bzw. des Doktoranden vertrauen (Vertrauensgrundsatz). ⁵Sätze 3 und 4 gelten entsprechend für alle Personen, die in wissenschaftlichen Arbeitsbereichen oder -gruppen (z.B. Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs, Forschergruppen, Forschungsstellen, Lehrstühlen) forschen und nicht Doktorandinnen bzw. Doktoranden sind.
- (4) ¹Zu den Standards guter wissenschaftlicher Praxis gehören insbesondere
1. der transparente und nachvollziehbare Umgang mit Ideen, Texten, Daten und sonstigen Quellen, die von anderen stammen, namentlich durch die Beachtung aussagekräftiger und Missverständnisse vermeidender Zitierregeln,
 2. die für Dritte nachvollziehbare, insbesondere lückenlos protokollierte und dokumentierte Erhebung von Primärdaten (Originaldaten),
 3. die Wahrung strikter Ehrlichkeit im Hinblick auf die Forschungsbeiträge anderer, insbesondere bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen die Nennung von Personen, die einen eigenen wissenschaftlichen oder wesentlichen sonstigen Beitrag geleistet haben, als Mitautorinnen oder Mitautoren und, soweit möglich, die Kennzeichnung ihres Beitrags (Art. 6 Abs. 2 BayHSchG),
 4. die Beachtung der gemeinsamen Verantwortung von Mitautorinnen und Mitautoren für Publikationen unter Ausschluss der sog. Ehrenautorschaft,
 5. die Ausrichtung der Bewertung und Benotung wissenschaftlicher Arbeiten an transparenten Maßstäben bzw. Kriterien, die insbesondere sicherstellen, dass Originalität und Qualität Vorrang vor Quantität haben,
 6. Transparenz hinsichtlich der Finanzierung von Forschungsprojekten sowie
 7. die Offenlegung von Interessenkonflikten im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt.

²Die Besonderheiten der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen, insbesondere der experimentell arbeitenden Fächer, sind ebenso zu beachten wie die Anforderungen multi-, inter- und transdisziplinären wissenschaftlichen Arbeitens.

- (5) Primärdaten, die als Grundlage für Veröffentlichungen dienen, sind in derjenigen wissenschaftlichen Einrichtung, in der sie entstanden sind, für zehn Jahre auf haltbaren und gesicherten Datenträgern aufzubewahren, soweit dies zum Zwecke der Nachprüfbarkeit erforderlich ist.
- (6) Die Leiterinnen und Leiter von wissenschaftlichen Arbeitsbereichen oder -gruppen (Abs. 3 Satz 5) müssen unbeschadet der Verantwortung der Fakultäten (Abs. 2 Satz 1) durch geeignete und angemessene Organisationsmaßnahmen sicherstellen, dass die Aufgaben der Leitung und Aufsicht einschließlich der Klärung der maßgeblichen Standards guter wissenschaftlicher Praxis innerhalb der Arbeitsbereiche oder -gruppen eindeutig zugewiesen sind und von den jeweils dort Tätigen tatsächlich wahrgenommen werden.

§ 4 Wissenschaftliches Fehlverhalten

- (1) ¹Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn schuldhaft (vorsätzlich oder grob fahrlässig) gegen Standards guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen wird. ²Wissenschaftliches Fehlverhalten liegt insbesondere vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang schuldhaft (vorsätzlich oder grob fahrlässig) Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder auf andere Weise deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird. ³Als wissenschaftliches Fehlverhalten sind namentlich die in Anlage 1 aufgeführten Verhaltensweisen anzusehen.
- (2) ¹Gegen Standards guter wissenschaftlicher Praxis verstößt auch, wer für die Verstöße anderer mitverantwortlich ist. ²Eine Mitverantwortung kann sich insbesondere aus der aktiven Beteiligung am Fehlverhalten anderer, dem Mitwissen um Fälschungen durch andere, aus der Mitautorschaft an fälschungsbehafteten oder sonst unter Verstoß gegen die Standards guter wissenschaftlicher Praxis zustande gekommenen Veröffentlichungen sowie aus grober Vernachlässigung der Aufsichtspflicht insbesondere im Rahmen wissenschaftlicher Arbeitsbereiche und -gruppen (§ 3 Abs. 3 Satz 5) ergeben. ³Eine grobe Vernachlässigung der Aufsichtspflicht liegt vor, wenn der Verstoß gegen die Standards guter wissenschaftlicher Praxis unter Beachtung der Eigenverantwortung der Forscherin oder des Forschers offensichtlich ist und deshalb

demjenigen, den die Aufsichtspflicht trifft, unter Beachtung des Vertrauensgrundsatzes (§ 3 Abs. 3 Sätze 4 und 5) nicht hätte verborgen bleiben dürfen.

Dritter Abschnitt:

Verfahren bei Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens

§ 5 Universitätsinterne Organe der wissenschaftlichen Selbstkontrolle

- (1) ¹Das gestufte Verfahren zur Aufklärung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens wird durch die Vertrauensperson (§ 6) im Rahmen einer Verdachtsprüfung (§ 6 Abs. 2 Satz 3 in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Satz 1) sowie durch die Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft (§ 7) im Rahmen eines Vorverfahrens (§ 9) und gegebenenfalls einer förmlichen Untersuchung (§ 10) durchgeführt.
- (2) ¹Vertrauensperson und Kommission sind universitätsinterne Organe der wissenschaftlichen Selbstkontrolle. ²Sie bereiten die Entscheidungsfindung der zuständigen Gremien der Universität vor und beraten die Hochschulleitung in Fragen der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. ³Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sind die Vertrauensperson und die Mitglieder der Kommission unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. ⁴Ihnen darf auch nach Ende ihrer Amtszeit aus ihrer Tätigkeit kein Nachteil entstehen.
- (3) ¹Das Verfahren nach dieser Satzung ersetzt nicht andere hochschulrechtlich geregelte Verfahren. ²Vertrauensperson und Kommission haben keine staatsanwaltlichen oder gerichtlichen Funktionen; ihnen obliegt insbesondere nicht die verbindliche Klärung urheberrechtlicher Fragen.

§ 6 Vertrauensperson (Ombudsmann, Ombudsfrau)

- (1) ¹Der Senat bestellt für die Zeit von drei Jahren einen oder mehrere in der Forschung erfahrene Hochschullehrinnen bzw. Hochschullehrer als Ansprechpartner (Ombudsmann, Ombudsfrau) für Personen, die Vorwürfe wissenschaftlichen Fehlverhaltens erheben; die Amtszeit beginnt mit dem Tag der Bestellung durch den Senat. ²Wiederbestellung ist zulässig. ³Die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrinnen und Hochschullehrer im Senat (Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

BayHSchG) schlagen nach Anhörung der Vertreterinnen bzw. der Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter im Senat (§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 der Grundordnung der Universität Bayreuth) sowie der Frauenbeauftragten der Universität eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten oder mehrere Kandidatinnen bzw. Kandidaten vor. ⁴Zur Vertrauensperson kann nicht bestellt werden, wer der Hochschulleitung angehört oder Dekanin bzw. Dekan ist; die Funktion als Vertrauensperson erlischt mit Beginn der Mitgliedschaft in der Hochschulleitung bzw. dem Beginn der Amtszeit als Dekanin bzw. Dekan. ⁵Für die Vertrauenspersonen gelten die Vorschriften über den Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung und wegen Besorgnis der Befangenheit (Art. 20 und 21 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz) entsprechend. ⁶Die Vertrauensperson hat eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter oder mehrere Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter; die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend. ⁷Aus wichtigem Grund darf der Senat mit zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder sowie allen Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer eine Vertrauensperson, nachdem diese angehört wurde, abberufen. ⁸Nach Eintritt in den Ruhestand darf eine Hochschullehrerin bzw. ein Hochschullehrer als Vertrauensperson bis zum Ende der Amtszeit angehören, für die sie bzw. er bestellt wurde. ⁹Eine Vertrauensperson kann jederzeit gegenüber dem Senat schriftlich den Rücktritt vom Amt erklären. ¹⁰Sätze 7 bis 9 gelten für Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter der Vertrauensperson entsprechend.

- (2) ¹Die Vertrauensperson berät diejenigen, die sie über vermutetes wissenschaftliches Fehlverhalten informieren. ²Sie greift von sich aus Hinweise auf, von denen sie Kenntnis erhält. ³Sie prüft die Hinweise unter Plausibilitäts Gesichtspunkten auf Konkretheit und Bedeutung, auf mögliche Motive und im Hinblick auf Möglichkeiten der Ausräumung der Vorwürfe. ⁴Sie beantragt das Tätigwerden der Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft (§ 9 Abs. 1 Satz 1).
- (3) Jedes Mitglied der Hochschule (Art. 17 BayHSchG) sowie Doktorandinnen und Doktoranden haben Anspruch darauf, die Vertrauensperson unverzüglich persönlich zu sprechen.

§ 7 Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft

- (1) ¹Der Senat bestellt eine ständige Kommission zur Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens; die Kommission trägt den Namen Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft. ²Sie kann im Rahmen der Untersuchung von

Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens auch Empfehlungen zur Sicherung der Standards guter wissenschaftlicher Praxis gegenüber der Hochschulleitung aussprechen, die über eine Aufarbeitung der jeweils in Rede stehenden Vorwürfe hinausgehen.

- (2) ¹Die Kommission besteht aus fünf an der Universität Bayreuth tätigen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern, von denen mindestens drei Ordinarien sind und eine bzw. einer die Befähigung zum Richteramt hat; der Kommission muss mindestens eine Hochschullehrerin angehören. ²Bei der Besetzung der Kommission ist darauf zu achten, dass möglichst viele an der Universität Bayreuth vertretene Wissenschaften in der Kommission repräsentiert sind. ³Die Amtszeit der Kommissionsmitglieder beträgt ab dem Tag der Bestellung durch den Senat drei Jahre; Wiederbestellung ist möglich. ⁴Nach Eintritt in den Ruhestand darf eine Hochschullehrerin bzw. ein Hochschullehrer der Kommission bis zum Ende der Amtszeit angehören, für die sie bzw. er bestellt wurde. ⁵Ein Mitglied kann der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden der Kommission jederzeit schriftlich den Rücktritt von seinem Amt erklären; die oder der Vorsitzende erklärt ihren bzw. seinen Rücktritt schriftlich gegenüber dem Senat. ⁶Der Senat ist unverzüglich über Vakanz in der Kommission zu informieren; er wirkt auf eine schnellstmögliche Nachbesetzung hin. ⁷Für die Mitglieder der Kommission gilt § 6 Abs. 1 Satz 5 entsprechend. ⁸Die Vertrauensperson gehört bzw. die Vertrauenspersonen gehören der Kommission mit beratender Stimme an. ⁹Ebenfalls mit beratender Stimme gehört der Kommission eine wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. ein wissenschaftlicher Mitarbeiter an.
- (3) ¹Die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Senat (Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG) schlagen im Benehmen mit den amtierenden Mitgliedern der Kommission, der Hochschulleitung sowie der Frauenbeauftragten der Universität im Falle von Vakanz in der Kommission pro vakantem Mitglied je eine in der Forschung erfahrene Hochschullehrerin oder einen in der Forschung erfahrenen Hochschullehrer vor; die zwei Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter (§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 der Grundordnung der Universität Bayreuth) schlagen im Benehmen mit den amtierenden Mitgliedern der Kommission, der Hochschulleitung sowie der Frauenbeauftragten der Universität Bayreuth eine in der Forschung erfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterin oder einen in der Forschung erfahrenen wissenschaftlichen Mitarbeiter vor, wenn insofern eine Vakanz besteht. ²Aus wichtigem Grund kann der Senat mit zwei Dritteln der Stimmen seiner Mitglieder sowie allen Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer jedes Mitglied der Kommission, nachdem

dieses angehört wurde, abberufen; dies gilt entsprechend für die Abberufung der wissenschaftlichen Mitarbeiterin bzw. des wissenschaftlichen Mitarbeiters.

- (4) ¹Die Kommission wählt aus ihrer Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden, die bzw. der die Befähigung zum Richteramt haben soll. ²Sie bzw. er führt die laufenden Geschäfte und trifft in unaufschiebbaren Angelegenheiten Entscheidungen und Maßnahmen anstelle der Kommission, die unverzüglich darüber zu unterrichten ist. ³Die Kommission kann getroffene Entscheidungen aufheben und verlangen, dass getroffene Maßnahmen rückgängig gemacht werden; bereits entstandene Rechte Dritter bleiben unberührt.

§ 8 Allgemeine Verfahrensvorschriften

- (1) ¹Vertrauensperson und Kommission weisen diejenigen, die dem Vorwurf wissenschaftlichen Fehlverhaltens ausgesetzt sind, in geeigneter Weise darauf hin, dass die Mitwirkung am gesamten Verfahren freiwillig erfolgt und die Mitwirkung jederzeit ohne Angabe von Gründen beendet werden kann. ²Lehnt die vom Vorwurf wissenschaftlichen Fehlverhaltens betroffene Person die Mitwirkung ab, bleiben Vertrauensperson und Kommission im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit berechtigt, den Sachverhalt aufzuklären und zu bewerten; das gilt auch dann, wenn die vom Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens betroffene Person ihre zunächst begonnene Mitwirkung später beendet.
- (2) ¹Vertrauensperson und Kommission wahren zum Schutze des Persönlichkeitsrechts aller Personen, gegen die sich Vorwürfe wissenschaftlichen Fehlverhaltens richten oder die sonst von der Untersuchung dieser Vorwürfe betroffen sind, größtmögliche Vertraulichkeit. ²Sie achten bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von personenbezogenen Daten darauf, dass das Persönlichkeitsrecht von Personen, deren Interessen durch den Vorwurf wissenschaftlichen Fehlverhaltens berührt sind, nicht mehr als zur Aufklärung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens sowie zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis erforderlich beeinträchtigt wird; die Vorschriften des Bayerischen Datenschutzgesetzes gelten entsprechend, soweit diese Satzung keine abweichende Regelung trifft. ³Die oder der Vorsitzende der Kommission kann Personen, die ihr bzw. ihm einen Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens mitgeteilt haben, über die Abgabe der Sache an die Kommission sowie über das Ergebnis informieren, zu dem die Kommission gelangt ist. ⁴Vertrauensperson und Kommission können während des Verfahrens jederzeit Kontakt zur Deutschen

Forschungsgemeinschaft aufnehmen und diese auch über den Verfahrensausgang informieren. ⁵Die Unterlagen der Vertrauensperson und der Kommission werden, nachdem das Verfahren beendet ist, dreißig Jahre aufbewahrt; das Nähere regelt die Hochschulleitung.

- (3) ¹Die Vorschriften der Grundordnung der Universität Bayreuth über den Geschäftsgang der Gremien gelten für die Kommission entsprechend, soweit diese Satzung keine abweichende Regelung enthält. ²Bei Eilbedürftigkeit kann die Ladung auch persönlich oder fernmündlich erfolgen, die Ladungsfrist kann in einem der Eilbedürftigkeit Rechnung tragenden Umfang verkürzt werden. ³Die Kommission ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist; Stimmrechtsübertragungen, die schriftlich erfolgen sollen, werden bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht von Mitgliedern berücksichtigt. ⁴Beschlüsse der Kommission werden mit einfacher Mehrheit gefasst; einstimmige Beschlüsse sind anzustreben. ⁵Über die Sitzungen der Kommission werden Protokolle über die wesentlichen Verfahrensschritte und die Ergebnisse der Sitzung angefertigt. ⁶Die Kommission tagt in der Regel nicht-öffentlich. ⁷Sie kann für einzelne Tagesordnungspunkte einer Sitzung die Öffentlichkeit beschließen, soweit Rechte Dritter oder sonstige rechtliche Gründe nicht entgegenstehen; wird eine Wissenschaftlerin bzw. ein Wissenschaftler, der bzw. dem wissenschaftliches Fehlverhalten vorgeworfen wird, mündlich angehört (§ 10 Abs. 1 Satz 2), soll die Öffentlichkeit nur hergestellt werden, wenn die Wissenschaftlerin bzw. der Wissenschaftler damit einverstanden ist.
- (4) ¹Vertrauensperson und Kommission klären jeweils in dem Verfahrensabschnitt, in dem sie zuständig sind, den Sachverhalt von Amts wegen auf. ²Die Kommission kann beschließen, dass ein Mitglied oder mehrere Mitglieder der Kommission die Sachverhaltsaufklärung ganz oder teilweise vorbereiten oder durchführen (beauftragtes Kommissionsmitglied); die beauftragten Kommissionsmitglieder berichten der Kommission, die die Aufklärung und Bewertung des Sachverhalts als Ganze zu verantworten hat. ³Die Vertrauensperson und die Kommission können alle der Aufklärung des Sachverhalts dienlichen Schritte unternehmen, insbesondere alle erforderlichen Informationen und Stellungnahmen einholen. ⁴Sie können in jedem Verfahrensstadium universitätsinterne oder externe Expertinnen oder Experten auf dem Gebiet eines zu beurteilenden wissenschaftlichen Sachverhalts heranziehen. ⁵Die Kommission kann insbesondere beschließen, dass Expertinnen oder Experten auf dem Gebiet des zu beurteilenden wissenschaftlichen Sachverhalts oder mit Kenntnissen insbesondere im Bereich des Wissenschafts- oder Hochschulrechts die Kommission

bei der Bearbeitung bestimmter Vorwürfe wissenschaftlichen Fehlverhaltens mit beratender Stimme unterstützen; § 6 Abs. 1 Satz 5 gilt entsprechend.

- (5) Die Fakultäten unterstützen die Vertrauensperson und die Kommission auf deren Anfrage dabei, die jeweils relevanten disziplinspezifischen Standards guter wissenschaftlicher Praxis zu bestimmen; § 3 Abs. 4 Satz 2 ist zu beachten.

§ 9 Verdachtsprüfung durch die Vertrauensperson und Vorverfahren vor der Kommission

- (1) ¹Bestätigt sich der Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens, beantragt die Vertrauensperson (Ombudsmann, Ombudsfrau) schriftlich das Tätigwerden der Kommission. ²Diese tritt in ein Vorverfahren ein, an das sich eine förmliche Untersuchung anschließen kann, die ebenfalls von der Kommission durchgeführt wird.
- (2) ¹Die Kommission gibt der vom Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens betroffenen Person unverzüglich Gelegenheit zur Stellungnahme. ²Die Frist für die Stellungnahme beträgt in der Regel zwei Wochen; sie kann verlängert werden. ³Der Name eines etwaigen Hinweisgebers wird ohne dessen Einverständnis der betroffenen Person in dieser Phase nicht offenbart.
- (3) Nach Eingang der Stellungnahme der bzw. des Betroffenen oder nach Ablauf der Frist trifft die Kommission möglichst innerhalb von zwei Wochen die Entscheidung darüber, ob das Vorprüfungsverfahren – unter Mitteilung der Gründe an den Betroffenen – zu beenden ist, weil sich der Verdacht nicht hinreichend bestätigt hat oder sich ein vermeintliches wissenschaftliches Fehlverhalten vollständig aufgeklärt hat, oder ob eine Überleitung in das förmliche Untersuchungsverfahren erfolgt.

§ 10 Förmliche Untersuchung durch die Kommission

- (1) ¹Der Wissenschaftlerin oder dem Wissenschaftler, der bzw. dem wissenschaftliches Fehlverhalten vorgeworfen wird, ist nach Eröffnung des förmlichen Untersuchungsverfahrens in geeigneter Weise erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; der Name eines etwaigen Hinweisgebers wird in der Regel mitgeteilt. ²Die Wissenschaftlerin bzw. der Wissenschaftler, der bzw. dem wissenschaftliches Fehlverhalten vorgeworfen wird, ist auf ihren bzw. seinen Wunsch mündlich anzuhören.

³Dazu kann sie bzw. er eine Person ihres bzw. seines Vertrauens als Beistand hinzuziehen; dies gilt auch für sonstige anzuhörende Personen. ⁴Personen, auf die sich der Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens erstreckt, kann die Kommission als Beistand ausschließen.

- (2) ¹Hält die Kommission ein wissenschaftliches Fehlverhalten für nicht erwiesen, wird das Verfahren eingestellt. ²Hält die Kommission ein wissenschaftliches Fehlverhalten für erwiesen, legt sie der Hochschulleitung in einem Bericht die wesentlichen Gründe dar; sie kann Empfehlungen zum weiteren Vorgehen abgeben. ³Die Hochschulleitung prüft die Empfehlungen der Kommission, veranlasst gegebenenfalls ein Tätigwerden der zuständigen universitären Gremien und wirkt darauf hin, dass die angemessenen Maßnahmen (siehe Anlage 2) ergriffen werden. ⁴Über die vollständige oder teilweise Veröffentlichung des Berichts und der Empfehlungen entscheidet die Hochschulleitung (siehe Nr. 6 Buchst. c) der Anlage 2).
- (3) ¹Die zuständigen Gremien der Fakultäten, namentlich die Promotionskommissionen, entscheiden in der Regel erst, nachdem die Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft ihren Bericht vorgelegt und die Hochschulleitung nach Abs. 2 Satz 3 das weitere Vorgehen beraten hat. ²Die zuständigen Gremien der Fakultäten sollen die Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft bzw. einzelne von dieser beauftragte Mitglieder in die Entscheidungsfindung beratend einbeziehen; die Kommission oder die von ihr beauftragten Mitglieder werden zu den Sitzungen der zuständigen Gremien der Fakultäten entsprechend den für diese Gremien geltenden Vorschriften ordnungsgemäß geladen. ³Bei Eilbedürftigkeit darf die Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft die zuständigen Gremien der Fakultäten abweichend von Abs. 2 Satz 3 unmittelbar informieren und deren Tätigwerden anregen.

Vierter Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 11 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten, Übergangsbestimmungen

- (1) ¹Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. ²Gleichzeitig treten die vom Senat der Universität Bayreuth in seiner 196. Sitzung am 23. Juni 1999 verabschiedeten „Regeln zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten an der Universität Bayreuth“ außer Kraft.

- (2) Die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Satzung nach den „Regeln zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten an der Universität Bayreuth“ bestellte Vertrauensperson sowie die nach diesen Regeln bestellten Mitglieder der durch Beschluss des Senates der Universität Bayreuth in seiner 198. Sitzung am 17. November 1999 errichteten Kommission für Selbstkontrolle in der Wissenschaft bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtszeit im Amt; der Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Satzung gilt abweichend von § 6 Abs. 1 Satz 1 und § 7 Abs. 2 Satz 3 als Beginn der Amtszeit.

- (3) Bei In-Kraft-Treten dieser Satzung noch nicht abgeschlossene Beratungs- und Prüftätigkeiten der Vertrauensperson sowie Vorverfahren und förmliche Untersuchungen der Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ sind ab In-Kraft-Treten dieser Satzung nach deren Regelungen zu Ende zu führen.

Anlage 1

Nicht abschließende Übersicht über Verhaltensweisen, die als wissenschaftliches Fehlverhalten anzusehen sind

Als wissenschaftliches Fehlverhalten (§ 4) kommt insbesondere in Betracht:

1. Falschangaben:

- a) das Erfinden von Daten;
- b) das Verfälschen von Daten, z.B.
 - aa) durch Auswählen und Zurückweisen unerwünschter Ergebnisse, ohne dies offen zu legen,
 - bb) durch Manipulation einer Darstellung oder Abbildung;

2. Verletzung geistigen Eigentums in Bezug auf ein von einem oder einer anderen geschaffenes urheberrechtlich geschütztes Werk oder von anderen stammende wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätze, z.B. durch

- a) die unbefugte Verwertung unter Anmaßung der Autorschaft (Plagiat), also durch vorsätzliche Täuschung über die wahre Autorschaft, wobei alle Formen des Vorsatzes relevant sein können;
- b) die Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen, insbesondere als Gutachter oder Gutachterin („Ideendiebstahl“);
- c) die Anmaßung (zum Begriff oben a.) wissenschaftlicher (Mit-)Autorschaft;
- d) die Inanspruchnahme der (Mit-)Autorschaft eines oder einer anderen ohne dessen oder deren Einverständnis;
- e) die Verfälschung des Inhalts;
- f) die unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen gegenüber Dritten, solange das Werk, die Erkenntnis, die Hypothese, die Lehre oder der Forschungsansatz noch nicht veröffentlicht sind.

3. Beeinträchtigung der Forschungstätigkeit anderer:

- a) die Sabotage von Forschungstätigkeit (einschließlich dem Beschädigen, Zerstören oder Manipulieren von Versuchsanordnungen, Geräten, Unterlagen, Hardware, Software, Chemikalien oder sonstiger Sachen, die ein anderer oder eine andere zur Durchführung eines Experiments benötigt);
- b) die Beseitigung von Primärdaten, sofern damit gegen gesetzliche Bestimmungen oder disziplinbezogene anerkannte Grundsätze wissenschaftlicher Arbeit verstoßen wird.

Anlage 2

Nicht abschließende Übersicht über mögliche Konsequenzen bei wissenschaftlichem Fehlverhalten

1. Dienst- bzw. arbeitsrechtliche Konsequenzen:

Da bei Fällen wissenschaftlichen Fehlverhaltens in der Universität Bayreuth ganz beziehungsweise überwiegend damit zu rechnen ist, dass die oder der Betroffene zugleich Beschäftigte oder Beschäftigter bzw. Beamtin oder Beamter des Freistaates Bayern bzw. der Universität ist, sind in aller Regel beamten- bzw. arbeitsrechtliche Konsequenzen zu prüfen:

- a) beamtenrechtliche Konsequenzen bei Beamtinnen und Beamten: Durchführung eines Disziplinarverfahrens mit der Verhängung von Disziplinarmaßnahmen (vgl. Art. 7 ff. Bayerisches Disziplinargesetz);
- b) arbeitsrechtliche Konsequenzen bei Beschäftigten (insb. Abmahnung, Kündigung, Vertragsauflösung).

2. Akademische Konsequenzen:

Akademische Konsequenzen in Form des Entzugs von akademischen Graden können von der Universität Bayreuth nur selbst gezogen werden, sofern sie dem oder der Betroffenen den akademischen Grad selbst verliehen hat. Wurde der akademische Grad von einer anderen Hochschule verliehen, ist diese über wissenschaftliches Fehlverhalten dann zu informieren, wenn dieses im Zusammenhang mit dem Erwerb einer akademischen Qualifikation gestanden hat. In Betracht kommen insbesondere Entzug des Doktorgrades oder Entzug der Lehrbefugnis.

3. Zivilrechtliche Konsequenzen, z.B.:

- a) Erteilung eines Hausverbots (Art. 21 Abs. 12 BayHSchG);
- b) Herausgabeansprüche gegen die Betroffene oder den Betroffenen, etwa auf Herausgabe von entwendetem wissenschaftlichem Material;
- c) Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche insbesondere aus Urheberrecht, Patentrecht und Wettbewerbsrecht;
- d) Schadensersatzansprüche des Freistaates Bayern, der Universität Bayreuth oder Dritter bei Personenschäden, Sachschäden oder dergleichen.

4. Rückforderungsansprüche nach Zivil- oder Verwaltungsrecht (z.B. bezogen auf Stipendien, Drittmittel, haushaltsrechtliche Zuwendungen).

5. Straf- oder ordnungswidrigkeitenrechtliche Konsequenzen, z.B. bei

- a) Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs (§ 202a StGB: Ausspähen von Daten, § 204 StGB: Verwertung fremder Geheimnisse);
- b) Straftaten gegen das Leben und die körperliche Unversehrtheit (§ 222 StGB: Fahrlässige Tötung; §§ 223, 229 StGB: Vorsätzliche oder fahrlässige Körperverletzung);
- c) Vermögensdelikten (§ 242 StGB: Diebstahl; § 246 StGB: Unterschlagung; § 263 StGB: Betrug; § 264 StGB: Subventionsbetrug; § 266 StGB: Untreue);
- d) Urkundenfälschung (§ 267 StGB: Urkundenfälschung; § 268 StGB: Fälschung technischer Aufzeichnungen);
- e) Sachbeschädigung (§ 303 StGB: Sachbeschädigung; § 303a StGB: Datenveränderung);
- f) Urheberrechtsverletzungen (§ 106 Urheberrechtsgesetz: Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke).

6. Widerruf von wissenschaftlichen Publikationen, Information der Öffentlichkeit bzw. der Medien:

- a) Wissenschaftliche Publikationen, die aufgrund wissenschaftlichen Fehlverhaltens fehlerbehaftet sind, sind zurückzuziehen, soweit sie noch unveröffentlicht sind, und richtigzustellen, soweit sie veröffentlicht sind (Widerruf); Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner sind, soweit notwendig, in geeigneter Form zu informieren. Grundsätzlich sind dazu die Autorinnen und Autoren und die beteiligten Herausgeber verpflichtet; werden diese nicht tätig, leitet die Universität Bayreuth die ihr möglichen geeigneten Maßnahmen ein.
- b) Wurde wissenschaftliches Fehlverhalten festgestellt, unterrichtet die Universität Bayreuth andere betroffene Forschungseinrichtungen bzw. Wissenschaftsorganisationen. In begründeten Fällen kann auch die Information von Berufsorganisationen oder wissenschaftlichen Fachgesellschaften angebracht sein.
- c) Die Universität Bayreuth kann insbesondere zur Wahrung des Vertrauens in ihre wissenschaftliche Redlichkeit bzw. zur Wiederherstellung ihres gefährdeten wissenschaftlichen Rufes (bzw. des Rufes einer Fakultät, einer Hochschullehrerin bzw. eines Hochschullehrers oder einer Doktorandin bzw. eines Doktoranden) verpflichtet sein, betroffene Dritte und die Öffentlichkeit zu informieren. Das Einverständnis der oder des jeweils Betroffenen ist anzustreben.

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Universität Bayreuth vom 25. April 2012 und der Genehmigung des Präsidenten der Universität Bayreuth vom 9. Mai 2012, Az.: O 1103.

Bayreuth, 10. Mai 2012

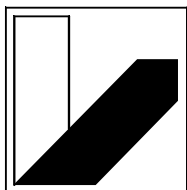
UNIVERSITÄT BAYREUTH
DER PRÄSIDENT



A handwritten signature in black ink, reading 'Rüdiger Bormann'.

Professor Dr. Rüdiger Bormann

Diese Satzung wurde am 10. Mai 2012 in der Hochschule niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 10. Mai 2012 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 10. Mai 2012.



**The University of Bayreuth's by-laws
for safeguarding the standards of good scientific practice and
handling academic misconduct**

dated 10 May 2012

Article 13 para 1 sentence 2 in conjunction with Article 6 para 1 sentence 3 clause 2 of the Bavarian Higher Education Act (*BayHSchG*) forms the framework for the following by-laws issued by the University of Bayreuth.

Part I: Purpose and scope of the regulations

- § 1 Purpose
- § 2 Scope

Part II:

Rules of good scientific practice and academic misconduct

- § 3 Rules of good scientific practice
- § 4 Academic misconduct

Part III:

Dealing with cases of alleged academic misconduct

- § 5 Internal bodies for academic self-regulation at the University
- § 6 Ombudsman/ Ombudswoman
- § 7 Committee for Academic Self-Regulation
- § 8 General provisions
- § 9 The Ombudsman's investigation of the allegation and the commission's preliminary proceedings
- 10 Formal investigation by the committee

Part IV: Final clause

- § 11 Effective date, expiration, transitional provisions

Annex 1 (partial overview of conduct that is considered to constitute academic misconduct)

Annex 2 (partial overview of possible consequences of academic misconduct)

This is only a courtesy translation.

**The University of Bayreuth is not liable for inaccuracies or mistakes in the English translation.
In case of doubt, the German originals are to be used in a court of law.**

Part I: Purpose and scope of the regulations

§ 1 Purpose

¹Researchers at the University of Bayreuth are obligated to uphold academic integrity (Article 6 para 1 sentence 3 of the Bavarian Higher Education Act). ²These by-laws are designed to strengthen trust in our researchers' academic integrity and to secure the University of Bayreuth's reputation as a location dedicated to fostering and developing scholarship (Article 2 para 1 sentence 1 of the Bavarian Higher Education Act). ³For this purpose, the by-laws provide standards of good scientific practice and make provisions for their implementation.

§ 2 Scope

- (1) ¹The by-laws apply to all active researchers at the University of Bayreuth, hence for all members of the University of Bayreuth who are engaged in research (Article 17 para 2 sentence 1 numbers 1 and 2 of the Bavarian Higher Education Act). ²The by-laws also apply to persons who are not members of the University of Bayreuth, but who are pursuing a doctoral degree under the supervision of a professor at the University of Bayreuth.

- (2) ¹The by-laws also apply to former members of the University if they are accused of having violated the standards of good scientific conduct during their research at the University of Bayreuth or having endangered trust in the academic integrity of researchers at the University of Bayreuth, and if the University of Bayreuth's academic reputation (§ 1 sentence 2) could be damaged as a result. ²The by-laws also apply to persons who were not members of the University, but who completed their doctoral degrees under the supervision of a professor at the University of Bayreuth, if they are accused of having violated the standards of good scientific conduct while writing their dissertations at the University or having endangered trust in the academic integrity of researchers at the University of Bayreuth, and if the University of Bayreuth's academic reputation (§ 1 sentence 2) could be damaged as a result of the allegation.

- (3) ¹If the person accused of academic misconduct was a member of a different university or affiliated with a different scientific institution at the time of the alleged misconduct, the University of Bayreuth may request that the other institution investigate the allegation if the accused is found to have endangered trust in the academic integrity of researchers at the University of Bayreuth, and if the University of Bayreuth's academic reputation (§ 1 sentence 2) could be damaged as a result of the allegation. ²Sentence 1 does not affect the University of Bayreuth's right to investigate the allegations of academic misconduct according to the present regulations if the University of Bayreuth's academic reputation (§ 1 sentence 2) could be damaged as a result of the allegation.
- (4) The annexes (Annex 1 and Annex 2) form an integral part of the present by-laws.

Part II:

Rules of good scientific practice and academic misconduct

§ 3 Rules of good scientific practice

- (1) ¹All persons actively engaged in research at the University of Bayreuth are obligated to uphold academic integrity (Article 6 para 1 sentence 3 of the Bavarian Higher Education Act). ²They are obligated to observe accepted rules and standards of good scientific practice in their scholarly work, to independently clear up any doubts regarding such standards, to avoid academic misconduct, and to correct any cases of academic misconduct they discover. ³They are responsible for any consequences of academic misconduct that can be attributed to them.
- (2) ¹The faculties shall ensure that the standards of good academic practice are permanently reflected in all programmes of study and in the supervision of doctoral researchers; this includes pointing out the dangers of academic misconduct. ²Aside from the responsibilities of the faculty, supervisors shall offer their doctoral students regular discussions which shall also serve to clarify any doubts pertaining to the standards of good academic practice.

- (3) ¹Scholarly research seeks to attain scientific knowledge, to lay scientific foundations, and to advance teaching and learning (Article 6 para 1 sentence 1 of the Bavarian Higher Education Act); it is characterized by independent and methodically regulated work towards possible scientific advances. ²This applies, in particular, to scientific work carried out during one's doctoral research. ³Doctoral supervision does not release doctoral students from their obligation to familiarize themselves with the relevant standards of good scientific practice and to observe these standards at all times. ⁴As long as there are no indications that the standards of good scientific practice have been violated, the supervisor shall trust in the proper conduct of the doctoral researcher (trust principle). ⁵Sentences 3 and 4 apply *mutatis mutandis* to all persons who are not doctoral researchers but who carry out research at one of the University's research centres (e.g. collaborative research centres, research training groups, research groups, research institutes, chairs).
- (4) ¹In particular, the standards of good scientific practice include
1. handling ideas, texts, data, etc. taken from others in a transparent and comprehensible way, namely by applying clear quotations rules which avoid confusion;
 2. collecting primary data in a way that is comprehensible to others - especially by way of recording and documenting in full;
 3. maintaining a strict policy of honesty with regard to the research contributions of others - especially when publishing research results, by naming any person whose scientific or other substantial contributions are used, acknowledging co-authors, and if possible, identifying their contributions;
 4. acknowledging the joint responsibility of co-authors for publications to the exclusion of so-called "honorary authorship";
 5. evaluating and grading scholarly works using transparent standards or criteria which, in particular, ensure that originality and quality take priority over quantity;
 6. transparency with regard to the funding of research projects;
 7. disclosing any conflicts of interest that may arise in connection with a research project.

²The specific features of the individual academic disciplines, especially the subject areas in which experimental work is done, and the requirements of multi-, inter-, and cross-disciplinary research are also to be observed.

- (5) Primary data as the basis for publications shall be securely stored for ten years in a durable form in the institution of their origin to the extent that this is required for the purposes of verifiability.
- (6) Notwithstanding the responsibility of the faculty (para 2 sentence 1), the directors of the various academic units and working groups (para 3 sentence 5) must ensure via appropriate organizational measures that managerial and supervisory duties with such units and working groups - including clarification of the relevant standards of good scientific practice - are clearly defined and fulfilled by the relevant person.

§ 4 Academic misconduct

- (1) ¹A case of academic misconduct is present if one is guilty of violating the standards of good scientific practice (whether wilfully or due to gross negligence). ²In particular, a case of academic misconduct is present if one is guilty of misrepresenting data that was collected (whether wilfully or due to gross negligence), infringing on the intellectual property of others, or impairing their research activities in any way. ³The types of conduct described in Annex 1 are to be considered academic misconduct.
- (2) ¹A person who shares responsibility with someone else in violating the standards of good scientific practice thereby violates the standards himself/herself. Examples of joint responsibility are active involvement in someone else's misconduct, joint knowledge of misrepresentation carried out by someone else, co-authorship of publications that contain misrepresentations or other violations of the standards of good scientific practice, and gross negligence in supervision, especially with regard to scientific divisions and research groups (§ 3 para 3 sentence 5). Gross negligence in supervision is present if there is an obvious violation of the standards of good scientific practice with regard to independent research such that the supervisor should have noticed this in consideration of the trust principle (§ 3 para 3 sentences 4 and 5).

Part III:

Dealing with cases of alleged academic misconduct

§ 5 Internal bodies for academic self-regulation at the University

- (1) ¹The procedure for clearing up cases of alleged academic misconduct consists of several steps and is carried out by the ombudsman (§ 6) in the framework of an investigation into the allegations (§ 6 para 2 sentence 3 in conjunction with § 9 para 1 sentence 1), by the Committee for Academic Self-Regulation (§ 7) in the framework of preliminary proceedings (§ 9), and – if applicable – in a formal investigation (§ 10).
- (2) ¹The ombudsman and committee are internal university bodies for self-regulation. ²They prepare the decisions of the relevant bodies at the University and advise the University Governing Board with respect to safeguarding good scientific practice. ³When attending to their duties, the ombudsman and committee members act independently and shall not be bound by any instructions. ⁴They shall not incur any disadvantages as a result of their activities following the end of their term.
- (3) ¹The procedure outlined in these by-laws does not replace other official procedures at the University. ²The ombudsman and committee do not have the function of a prosecutor or court of law; in particular, they are not responsible for making binding decisions concerning copyright issues.

§ 6 Ombudsman/ Ombudswoman

- (1) The Senate shall summon one or more members of the teaching staff who are experienced researchers to serve (for a period of three years) as a point of contact for persons who wish to report allegations of academic misconduct; the term shall begin on the day he or she is summoned by the Senate. ¹Re-appointment is permissible. ³The teaching staff representatives in the Senate (Article 25 para 1 sentence 1 number 1

of the Bavarian Higher Education Act) shall nominate one or more candidates after having consulted the research associates' representative in the Senate (§ 5 para 1 sentence 1 number 2 of the Constitution of the University of Bayreuth) and the Women's Representative at the University. ⁴Deans and members of the University Governing Board cannot be appointed as ombudsman; one's role as ombudsman terminates upon commencing a term as dean or as a member of the University Governing Board. ⁵The regulations regarding exclusion on the basis of personal involvement and apprehension of bias (Articles 20 and 21 of the Bavarian Administrative Procedures Act) also apply to the ombudsman. ⁶The ombudsman shall have one or more substitutes; sentences 1 to 5 apply *mutatis mutandis*. ⁷If there is an important reason for doing so, an ombudsman may be required to step down if at least two-thirds of the Senate and all representatives of the teaching staff on the committee vote to dismiss the ombudsman after having given him or her a chance to speak. ⁸If a member of the teaching staff retires, he or she may continue to serve as ombudsman until the end of his or her term. ⁹An ombudsman may resign at any time by submitting a written statement to the Senate. ¹⁰Sentences 7 to 9 also apply to the ombudsman's substitutes.

- (2) ¹The ombudsman shall advise those who inform him or her of alleged cases of academic misconduct. ²The ombudsman shall, on his own initiative, investigate cases which come to his attention. ³Such investigations shall be conducted on the basis of plausibility, meaning, and concreteness, with a view to dismissing the allegations. ⁴He or she shall request that action be taken by the Committee for Academic Self-Regulation (§ 9 para 1 sentence 1).
- (3) Every member of the university (Article 17 of the Bavarian Higher Education Act) and every doctoral researcher is entitled to speak with the ombudsman in person without considerable delay.

§ 7 Committee for Academic Self-Regulation

- (1) ¹The Senate shall appoint a committee to investigate allegations of academic misconduct; this committee is known as the Committee for Academic Self-Regulation. In the framework of an investigation

of alleged academic misconduct, the committee can make recommendations to the University Governing Board concerning safeguarding the standards of good scientific practice, even if such recommendations go beyond the allegations in question.

- (2) ¹The committee shall be made up of five members of the University teaching staff, of whom at least three are to be full professors and of whom one shall be qualified to hold the position of judge; of the teaching staff on the committee, at least one member shall be female. ²In forming the committee, care shall be taken to represent as many scientific areas at the University of Bayreuth as possible. ³Members of the committee shall serve a term of three years from the the time of taking office; reappointment is permissible. ⁴If a member of the teaching staff retires, he or she may remain on the committee until the end of his or her term. ⁵Members may announce their resignation to the chair of the committee at any time; the chair shall in turn announce the resignation to the Senate. The Senate is to be informed as soon as possible of vacancies on the committee; it shall seek to fill the any vacancy as quickly as possible. ⁷§ 6 para 1 sentence 5 also applies to members of the committee. ⁸The ombudsman(s) are to be included in the committee in an advisory capacity. ⁹A research associate shall also be included in the committee in an advisory capacity.
- (3) If there is a vacancy on the committee, the teaching staff representatives in the Senate (Article 25 para 1 sentence 1 number 1 Bavarian Higher Education Act) - in consultation with the serving members of the committee, the University Governing Board, and the Women's Representative of the University - shall each recommend one member of the teaching staff with considerable research experience to fill the vacancy; the two representatives of the research associates (§ 5 para 1 sentence 1 number 2 of the University of Bayreuth's Constitution) - in consultation with the serving members of the committee, the University Governing Board, and the Women's Representative of the University - shall each recommend one research associate with considerable research experience to fill any vacancy. If there is an important reason for doing so, any member of the committee may be required to step down if at least two-thirds of the Senate and all representatives of the teaching staff on the committee vote to dismiss a given member after having given him or her a chance to speak;

this also applies when dismissing a research associate.

- (4) ¹The committee shall elect a chair who is qualified to serve as judge from among its members. ²He or she shall assume the day-to-day management and make decisions or enact measures regarding matters that cannot be postponed on behalf of the committee, which is then to be informed of such actions without delay. ³The committee may overturn decisions that have been made or order the cancellation of measures that were enacted; the rights of third parties shall remain unaffected.

§ 8 General provisions

- (1) ¹The ombudsman and committee shall, by appropriate means, point out to the person accused of academic misconduct that his or her cooperation in the entire process is voluntary and that he or she may cease cooperation at any time without stating his or her reasons for doing so. ²If the accused refuses to cooperate, the ombudsman and committee shall still be entitled to investigate and assess the case in their respective capacities; this also holds if the accused initially agrees to cooperate and then ceases cooperation at a later time.
- (2) ¹In order to protect the right to privacy of all persons accused of academic misconduct or involved in the investigation, the ombudsman and committee are to maintain strict confidentiality. ²When collecting, processing, and utilizing personal data, they shall see to it that the person's right to privacy is not compromised any more than necessary in order to clarify the allegations of academic misconduct and safeguard good scientific practice; The provisions of Bavaria's Data Protection Act also apply to the extent that the present by-laws do not contain provisions to the contrary. ³The chair of the committee may notify the person who reported an allegation of academic misconduct to inform him or her that the case was forwarded to the committee and what the committee's conclusion was. ⁴The ombudsman and committee may contact the German Research Foundation

at any time during the proceedings and may also report the outcome of the proceedings to them. ⁵The records of the ombudsman and committee are to be stored for thirty years after the conclusion of the proceedings; further details are to be determined by the University Governing Board.

- (3) ¹The provisions in the University of Bayreuth's Constitution concerning how business is to be conducted by the governing bodies shall also apply to the committee to the extent that the present by-laws do not contain provisions to the contrary. ²If the case is urgent, the accused can be summoned in person or by telephone, and the notice period may be shortened to accommodate the urgency. ³The committee constitutes a quorum if - after all members were duly invited - the majority of the members eligible to vote are present; proxy voting, to be carried out in writing, shall be taken into account when taking attendance and determining the voting power of members. ⁴The committee's decisions are made by a simple majority vote; if possible, decisions should be unanimous. ⁵Minutes shall be taken for the meetings of the committee to record the outcome of the meeting and any important steps in the proceedings. ⁶The committee shall not generally convene in public session. ⁷During committee meetings, discussion of certain points on the agenda may be open to the public as long as this does not infringe on the rights of third parties or other persons; if a scholar accused of academic misconduct is to be heard (§ 10 para 1 sentence 2), the session shall only be open to the public if the scholar provides his or her consent.
- (4) ¹The ombudsman and committee shall attend to their *ex officio* duties at the stage of the procedure for which they are responsible. ²The committee may delegate fact-finding activities, either in part or in full, to one or more members of the the committee; the committee members charged with this task are to report to the committee, which shall remain responsible for the overall investigation and assessment. ³The ombudsman and committee may take any steps necessary to clarify the facts of the case, especially the collecting of information and statements. ⁴They may, at any stage in the investigation, consult experts at the University or external experts in the field of the scientific issues under consideration. ⁵In particular, the committee may, in the case of certain allegations, decide to invite experts in the field of the scientific issues under consideration or with an understanding of the fields of science and higher education law

to support the committee in an advisory function; § 6 para 1 sentence 5 applies *mutatis mutandis*.

- (5) Upon request, the faculties shall support the ombudsman and committee in determining the relevant subject-specific standards of good scientific practice; the provisions in § 3 para 4 sentence 2 are to be observed.

§ 9 The Ombudsman's investigation of the allegation and the commission's preliminary proceedings

- (1) ¹If there is evidence to support the allegation of academic misconduct, the ombudsman shall call the committee to action by submitting a written request. ²The committee shall initiate a preliminary investigation, which may be followed by a formal investigation (also conducted by the committee).
- (2) ¹The committee shall immediately inform the person accused of the allegation and give him or her the opportunity to provide a statement. ²Such a statement must generally be submitted within two weeks; this deadline can be extended. ³During this phase, the name of the informant shall not be revealed to the accused without his or her permission.
- (3) After the deadline, or once the statement of the accused has been received, the committee shall decide (if possible within two weeks) whether the preliminary investigation should be concluded due to insufficient evidence or because the alleged case of academic misconduct was clarified completely, or whether a formal investigation should follow (in any case, the accused should be informed of the reasons).

10 Formal investigation by the committee

- (1) ¹A scholar who is accused of academic misconduct shall be given the opportunity to provide another statement (in an appropriate way) once the formal investigation has begun; the name of the informant shall generally be revealed. ²Upon request, scholars who are accused of academic misconduct shall be heard.

³He or she may choose someone to accompany him or her to the proceedings; this holds for anyone who is heard. ⁴The committee may bar persons who are suspected of being involved in the alleged case of academic misconduct from accompanying the accused.

- (2) ¹If the committee finds a case of academic misconduct to be unfounded, the investigation shall be closed. ²If the committee finds a case of academic misconduct to be founded, it shall report the most important reasons to the University Governing Board; it may make recommendations with regard to further action. ³The University Governing Board shall review the committee's recommendations and, if applicable, call the relevant decision-making bodies at the University to action, and urge that appropriate measures (see Annex 2) be taken. ⁴The University Governing Board shall make decisions with regard to complete or partial publication of the report and recommendations (see number 6, letter "c" in Annex 2).
- (3) ¹The relevant bodies in the faculties, namely the doctoral committees, shall generally make a decision after the Committee for Academic Self-Regulation submits its report and the University Governing Board has advised with regard to further action under the terms of para 2 sentence 3. ²The relevant bodies in the faculties are to involve the Committee for Academic Self-Regulation in an advisory role when making a decision; accordingly, the committee or its members assigned to address the matter are to be invited to the meetings of the faculties' relevant bodies in accordance with the regulations of such bodies. In urgent cases, the Committee for Academic Self-Regulation may – in derogation of para 2 sentence 3 – immediately inform the faculty's decision-making bodies and call them to action.

Part IV: Final clause

§ 11 Effective date, expiration, transitional provisions

- (1) ¹These regulations shall take effect on the day following their publication. They shall replace the "Rules concerning how academic misconduct is handled at the University of Bayreuth" (*Regeln zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten an der Universität Bayreuth*) issued by the University of Bayreuth's Senate in the 196th meeting of the Senate on 23 June 1999.

- (2) The ombudsman and members of the Committee for Academic Self-Regulation (established in the 198th meeting of the Senate on 17 November 1999) at the time the present by-laws take effect, who were elected on the basis of the "Rules concerning how academic misconduct is to be handled at the University of Bayreuth", shall complete their terms in office; in derogation of § 6 para 1 sentence 1 and § 7 para 2 sentence 3, their terms shall begin when the by-laws take effect.
- (3) Any ongoing advising or investigative activities, including preliminary or formal investigations by the Committee for Academic Self-Regulation, that have not been completed by the effective date of the present by-laws are to be continued under the terms of the present by-laws.

Annex 1

Partial overview of conduct that is considered to constitute academic misconduct

A case of academic misconduct (§ 4) is present if any of the following occur.

1. Misrepresentation:

- a) fabricating information;
- b) falsifying data, for example
 - aa) censoring undesired results without disclosing that you are doing so,
 - bb) manipulating diagrams and visual aids.

2. Intellectual property infringement against a copyrighted work created by someone else or against the scientific findings, hypotheses, teachings, or research approaches of others, for example:

- a) claiming or accepting unjustified authorship (plagiarism) – hence by way of wilful deceit concerning the true author – in which case any form of wilful intent may be relevant.
- b) exploitation of research approaches or ideas, especially as an assessor ("theft of ideas");
- c) claiming or accepting (for clarification, see a.) scientific (co-)authorship;
- d) claiming someone else's (co-)authorship without his or her consent;
- e) falsification of the content;
- f) unauthorized publication or release to third parties as long as the work, findings, hypotheses, teachings, or research approaches have not yet been published.

This is only a courtesy translation.

The University of Bayreuth is not liable for inaccuracies or mistakes in the English translation.

In case of doubt, the German originals are to be used in a court of law.

3. Impairing the research of others:

- a) sabotaging research activities including damaging, destroying, or manipulating experiment instructions or devices, hardware, software, chemicals, or anything else that is required for the experiment.
- b) deleting primary data, to the extent that it violates legal regulations or recognized principles of scientific practice.

Annex 2

Partial overview of possible consequences of academic misconduct

1. Consequences under employment and labour law:

Since in all or most cases of academic misconduct at the University of Bayreuth the accused is likely to be an employee or civil servant of the State of Bavaria and/or the University, all consequences under civil service and employment law must also be considered:

- a) in the case of civil servants, consequences under civil service law: disciplinary proceedings resulting in disciplinary measures (cf. Article 7 ff. of the Bavarian Disciplinary Act, *BayDG*);
- b) in the case of public employees, consequences under employment law (in particular, warning, dismissal, or termination of the contract).

2. Academic consequences:

Academic consequences in the form of revoking degrees can only be carried out by the University of Bayreuth if the offender received his or her academic degree from the University. If his or her academic degree was awarded by a different institution of higher education, that institution shall be informed of the academic misconduct if such misconduct was in connection with earning an academic qualification. In particular, consequences include revoking the offender's doctoral degree or authorization to teach.

3. Consequences under civil law, for example:

- a) being banned from the premises (Article 21 para 12 of the Bavarian Higher Education Act);
- b) repossession claims against the offender, for example for any scientific materials that were stolen;
- c) removal or injunctive relief, especially under copyright law, patent law, and competition law;
- d) damage claims (made by the State of Bavaria, the University of Bayreuth, or third parties) relating to material damages, etc.

4. Recovery claims under civil law or administrative law (e.g. relating to scholarships, third-party funds, budgetary grants).

5. Consequences under criminal and administrative law, in cases such as the following:

- a) violation of one's sphere of privacy (§202a of the German Criminal Code, *StGB*: data espionage, § 204 *StGB*: unauthorized use of another person's secrets);
 - b) offences against life and physical integrity (§ 222 *StGB*: involuntary manslaughter; §223 and § 229 *StGB*: injury or assault);
 - c) offences against property (§ 242 of the *StGB*: theft; § 246 *StGB*: embezzlement; § 263 *StGB*: fraud; § 264 *StGB*: economy subsidy fraud; § 266 *StGB*: breach of trust);
 - d) forgery of documents (§ 267 of the *StGB*: forgery of documents; § 268 of the *StGB*: falsifying technical illustrations);
 - e) material damage (§ 303 of the *StGB*: material damage; § 303a of the *StGB*: altering data);
 - f) Copyright infringements (§ 106 of the German Copyright Act, *UrhG*: unauthorized exploitation of copyrighted works).
6. Retraction of academic publications, public information material, and media:
- a) Academic publications that contain errors due to academic misconduct are to be retracted if they have not yet been published, and emended if they have already been published; if applicable, cooperation partners are to be notified in a suitable form. In principle, this is the responsibility of the authors and any editors involved; if they do not take action, the University of Bayreuth will take any suitable measures which it has at its disposal.
 - b) If academic misconduct is detected, the University of Bayreuth shall notify any research institution and scientific organizations that were affected. Where justified, it may be appropriate to inform professional organizations or learned societies.
 - c) In order to safeguard trust in its academic integrity or restore its academic reputation (or that of a faculty, a member of the teaching staff, or a doctoral student), the University of Bayreuth may, in particular, be obligated to inform the public and any third parties who are affected. The offender's consent should be sought.

Issued on the basis of a decision made by the University of Bayreuth's Senate on 25 April 2012 and approved by the President of the University of Bayreuth on 9 May 2012, Reference No. O 1103.

Bayreuth, 10 May 2012

PRESIDENT OF THE
UNIVERSITY OF
BAYREUTH
[signature of the President]

[seal of the University] Professor Dr. Rüdiger Bormann

These regulations were enacted at the University on 10 May 2012. They were announced on 10 May 2012 by posting a notice at the University. The date of the announcement is 10 May 2012.